

„Unsere Stimmen zählen auch!“

Das erste Schweizer Flüchtlingsparlament tagte am 6. Juni in der Dreifaltigkeitskirche in Bern. Ein historischer Meilenstein für die Schweiz!

Familienbesuche im Schengen-Raum für Vorläufig Aufgenommene: Das wünschen sich Flüchtlinge in der Schweiz. Das Flüchtlingsparlament hat am Sonntag einen Vorschlag dazu und zu weiteren Punkten beschlossen. Die Teilnehmenden möchten, dass der Zugang zu Bildung für Geflüchtete verbessert wird und dass Abgewiesene die Lehre abschliessen dürfen. Weiter hat sich das Flüchtlingsparlament für einen erweiterten Familiennachzug ausgesprochen: Kinder sollen ihre Eltern in die Schweiz holen dürfen.

Seit Ende April hatten sich rund 75 Geflüchtete aus 19 Kantonen und 15 Ländern in 9 Kommissionen online auf die erste Flüchtlings-session vorbereitet. Am Sonntag hat das Flüchtlingsparlament nun seine Beschlüsse gefasst. Die Stimmen der Geflüchteten wurden von Stände- und Nationalratsmitgliedern angehört, die einige der Vorschläge als Vorstösse ins Parlament bringen werden. In der Plenums-session am Sonntag wählte das Flüchtlingsparlament aus insgesamt 29 Kommissionsvorschlägen zu aktuellen Asylthemen die folgenden 10 aus und präsentierte sie den anwesenden Schweizer Parlamentsmitgliedern aus mehreren Parteien:

Bildung

1.1 Trennung Sozialhilfe und Integrations-/Bildungsförderung

1.2 Förderung der Bildung der Geflüchteten

Kinderrechte

2.1 Faire Behandlung aller Kinder unabhängig vom Aufenthaltsstatus

Westschweiz

3.1 Stipendien für Studium und Ausbildung unabhängig vom Aufenthaltstitel

F-Status

4.1 Familienbesuche im Schengen-Raum mit „F“

4.2 Aufenthalt mit „F“ ganz anrechnen

4.3 Wechsel von „F“ zu „B“ nach 3 Jahren

Sichere Fluchtwege

5.2 Familiennachzug erweitern

Abgewiesene Asylsuchende

7.3 Lehre/Ausbildung für Abgewiesene

Minimal-Standards / Normes minimales

9.2 Zugang zu B2- bzw. C1-Sprachkursen

Detaillierte Informationen zu diesen Vorschlägen finden Sie **im Anhang**.

Ständerätin Lisa Mazzone kommentierte: „Als Mutter fühle ich mich betroffen, wenn ich erfahre, dass ein geflüchtetes Kind nicht die gleichen Rechte bekommt. Ein Kind ist ein Kind. Weil ein Dialog – so wie er heute stattgefunden hat – leider fehlt, wird zu oft im Parlament abgestimmt, ohne dass alle Parlamentarier*innen wirklich wissen, wie sich die Lage der Geflüchteten tatsächlich präsentiert. Es braucht eine Begegnung zwischen dem Flüchtlingsparlament und dem eidgenössischen Parlament.“

Nationalrat Andri Silberschmidt sagte: „Egal, wie der Asylentscheid herauskommt, soll eine Lehre abgeschlossen werden können. Gleich ob eine Person bleibt oder zurückkehrt, macht das Sinn. So haben wir im Nationalrat abgestimmt. Jeder Mensch in der Schweiz braucht eine Perspektive für eine Berufslehre oder ein Studium. Die Durchlässigkeit des Schweizer Bildungssystems ist eine Stärke, die auch für Geflüchtete offen stehen soll.“

Nationalrat Mustafa Atici kommentierte: „Der Zugang zur Bildung ist der Schlüssel, der zu oft Geflüchteten verunmöglicht wird. Jeder Kanton macht es anders, das ist viel zu oft nicht verständlich – wir müssen das verbessern. Ich bin als junger Mann in die Schweiz gekommen, musste Deutsch lernen. Jetzt bin ich Nationalrat. Ihr seid auf einem guten Weg und solltet nicht aufgeben.“

Nationalrätin Céline Widmer ergänzte: „Die Härtefallgesuche werden je nach Kanton unterschiedlich umgesetzt. Es braucht Möglichkeiten zur Regularisierung in jedem Kanton, sodass viel mehr Härtefallgesuche möglich sind - das ist gut sowohl für die Betroffenen wie auch für die Schweiz.“

Nationalrat Balthasar Glättli kommentierte: „F-Bewilligungen sind wirklich ein Problem, aber viele Menschen wissen nicht, was ein F-Status bedeutet. Die meisten denken, dass alle aus Syrien als Flüchtlinge anerkannt werden, aber das ist nicht so. Wir sollten die Absurditäten aufzeigen – was wirklich schief läuft – und das endlich verändern.“

Der Geschäftsleiter von Caritas Schweiz, Peter Marbet, sagte: „Caritas stellt im Rahmen ihrer Beratung von Geflüchteten fest, dass das Reiseverbot überhaupt nicht verständlich ist. Das ist stumpfsinnig, und die Leute fühlen sich einfach ausgegrenzt, ohne dass es etwas bringt.“

Anja Klug, die Leiterin des UNHCR-Büros für die Schweiz und Liechtenstein, reagierte auf die Präsentation der Schwestern Maja und Haja zum Thema Familiennachzug: „Wir von UNHCR unterstützen die Erweiterung des Familiennachzugs: Kinder und Eltern gehören zusammen!“ Serap Kahrman, von der Jungen Grünliberalen Partei doppelte nach: „Der Familienbegriff im Asylwesen braucht eine Erweiterung, wie Maja und Haja dies bildhaft erklärten.“

Der Geflüchtete Amine Diare Conde, der den Dialog moderierte, beobachtete: „Ab heute werden die Stimmen der Geflüchteten nicht mehr ignoriert. Sie möchten mitdenken und mitreden, weil sie direkt erleben, wie unser Asylwesen funktioniert – oder auch nicht.“

Sherefedin Mussa, der Teil der Steuergruppe ist, der das Flüchtlingsparlament organisiert und moderiert hat, brachte einen Vorschlag im Namen der Steuergruppe ein: „Die breit abgestützte Motion von Nationalrätin Marianne Streiff-Feller mit einer Lösung für gut integrierte Abgewiesene in der Langzeit-Nothilfe würde dazu beitragen, dass die Schweiz und die Kantone viel Geld sparen und ein humanitäres Problem lösen können.“

Es gibt die Jugendsession und die Migrant*innen-Session - aber bis jetzt noch keine Flüchtlings-session. Deshalb hat NCBI Schweiz bzw. das Partizipationsprojekt "Unsere Stimmen" das Flüchtlingsparlament mit Unterstützung von UNHCR Schweiz, der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, terre des hommes schweiz u.a. ins Leben gerufen, damit in der Politik auch Geflüchtete zu Wort kommen. Denn viel zu oft wird *über* Geflüchtete gesprochen – nicht *mit* ihnen. Roksan Kasem, Vorsitzende der Kommission „Abgewiesene“, meint: „*Das Flüchtlingsparlament ist wichtig. Wir sind alle Menschen, egal ob geflüchtet oder nicht. Viele Schweizer*innen kennen uns nicht. Ich setzte mich dafür ein, dass wir besser miteinander leben können.*“ Der Höhepunkt des Flüchtlingsparlaments fand am 6. Juni im Rahmen der Flüchtlings-session in Bern statt. Im Vorfeld treffen sich die Geflüchteten in themenbezogenen Arbeitsgruppen (Kommissionen) an je vier virtuellen Treffen, um mit Beratung von Fachpersonen und Mitgliedern der eidgenössischen Räte politische Vorstösse zu ihren Themen zu entwickeln und zu priorisieren.

An der Session selber haben die Kommissionen ihre Ergebnisse präsentiert, die Berichte der anderen Kommissionen kritisch kommentiert, angepasst und verabschiedet. Diese wurden von Parlamentsmitgliedern und Vertreter*innen von Caritas Schweiz und UNHCR Schweiz entgegengenommen, kommentiert und fliessen dann in die politischen und öffentlichen Debatten ein. „*Ich finde es eine wunderbare Initiative und freue mich sehr am 6. Juni dabei zu sein. Es ist grossartig, wie ihr euch so professionell organisiert und in Arbeitsgruppen vorbereitet*“, lobte Céline Widmer, Nationalrätin. Die Ergebnisse werden von den Teilnehmenden des Flüchtlingsparlaments am Montag, dem 21.6. an einer öffentlichen Abendveranstaltung in Bern präsentiert.

Die Menschen in der Schweiz sollen auf die Probleme der Geflüchteten und ihre Lösungsideen aufmerksam gemacht werden - allen voran Parlamentsmitglieder, welche Entscheidungen fällen, die Geflüchtete betreffen. Im Parlament diskutieren Frauen über Frauenfragen und Bäuer*innen über ihre Probleme mit - wo sind die Stimmen der Geflüchteten?

Die teilnehmenden Geflüchteten widerspiegeln die Vielfalt der Schweiz: Insgesamt drei Landessprachen sowie 19 Kantone waren vertreten. Die Kommissionen bestanden aus je 7 bis 10 geflüchteten Mitgliedern, zwei davon fungieren als Vorsitzende. Die 9 Kommissionen behandeln von den Geflüchteten gewählte Asylthemen wie: Bildung und Integrationsagenda, F-Status, Abgewiesene sowie Kinderrechte.

Der Anlass wurde von NCBI Schweiz bzw. dem Partizipationsprojekt "Unsere Stimmen" geplant und unterstützt durch UNHCR Schweiz, die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, terre des hommes schweiz, den Bereich OeME-Migration der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn, den Eritreischen Medienbund, Bildung für alle – jetzt! sowie weitere Integrations- und Migrationsorganisationen.